Mehr Staat, weniger Markt?

In der Pandemie verschiebt sich weltweit das ökonomische Denken nach links. Plötzlich geht es um Probleme, die lange ignoriert wurden

VON ROBERT PAUSCH UND MARK SCHIERITZ

Während alle gerade auf die nächsten vier Wochen blicken, gehen heimlich die letzten vierzig Jahre zu Ende. Denn Politik hat bisweilen die Angewohnheit, dass sie sich hinter dem Rücken von Politikern vollzieht. Das Besondere in diesen Tagen ist allerdings, dass die Veränderung nicht von unten kommt, sondern aus der Mitte, nicht aus einer Ideologie, sondern aus den Verhältnissen. Und dass man sie am deutlichsten dort erkennen kann, wo man sie am wenigsten vermutet.

Da ist zum Beispiel die *Financial Times* aus London, die plötzlich fordert, dass »die Privilegien der Wohlhabenden auf den Prüfstand« müssten und der Staat »eine aktive Rolle in der Wirtschaft spielen« solle. Da ist Klaus Schwab, der Chef des Weltwirtschaftsforums in Davos, der auf einmal für eine weltweite Vermögensteuer eintritt. Da ist ein Kanzleramtschef in Berlin, der die Schuldenbremse aussetzen will, ein amerikanischer Präsident, der Billionen investiert und höhere Mindestlöhne festlegt.

Krisen führen den Wandel herbei, hat der liberale Ökonom Milton Friedman einmal gesagt. Aber die Richtung der Veränderung ist offen. Als vor etwas mehr als zehn Jahren das internationale Finanzsystem zusammenbrach und die Lehman-Banker ihre Pappkartons aus den Bürotürmen von New York und Frankfurt trugen, war überall vom Ruck nach links die Rede, der, da der Kapitalismus sich gewissermaßen selbst überführt hatte, ganz bestimmt kommen würde. Allein: Er kam nicht. Stattdessen kamen: Donald Trump, Boris Johnson, Matteo Salvini.

Ihr Aufstieg war kein Betriebsunfall. Im Schnitt steigt der Stimmenanteil rechtspopulistischer Parteien nach Finanzkrisen um 30 Prozent. Das ist das Ergebnis einer Studie der Wirtschaftswissenschaftler Moritz Schularick, Manuel Funke und Christian Trebesch vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel, für die sie 800 Wahlen der vergangenen 140 Jahre ausgewertet haben.

Doch in der Geschichte war es auch häufig so, dass Naturkatastrophen andere Kräfte freisetzten als Finanzkrisen. Auf die Pest folgten die ersten Sozialgesetze, weil Arbeitskräfte knapp waren, die Seuche hatte einen großen Teil der arbeitenden Bevölkerung hinweggerafft. Nach der Cholera-Epidemie im 19. Jahrhundert bauten Städte Kanalisationen, versorgten ihre Bevölkerung mit Frischwasser, nun sollten auch Arme hygienisch leben. Kollektive Krisen sind die Zeit sozialer Reformen. In Deutschland wurde nach dem Ersten Weltkrieg der Sozialstaat ausgebaut, nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Regierung die Vermögensbesitzer über einen Lastenausgleich an den Kosten des Wiederaufbaus beteiligt. In Großbritannien entstand ein staatliches Gesundheitssystem, das erste in der Geschichte der Menschheit. Die gemeinsam durchlebte Gefahr begründe »Momente der Solidarität«, sagt Schularick.

Dafür spricht auch, dass sich das ökonomische Denken schon vor einiger Zeit von der Marktverherrlichung der vergangenen Jahrzehnte verabschiedet hat, die zuerst Ronald Reagan und dann Margaret Thatcher an die Macht brachte und in Deutschland unter Gerhard Schröder als Begründung für die Reformen der Agenda 2010 herhalten musste. An den Universitäten und in den wissenschaftlichen Beraterstäben der Ministerien gibt heute eine neue Generation von Ökonomen den Ton an, die mit staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen weniger Probleme haben. Und selbst Zentralorgane des Marktliberalismus wie die Industrieländer-Organisation OECD oder der Internationale Währungsfonds (IWF) veröffentlichen inzwischen Stellungnahmen, die auch die Jusos verfasst haben könnten.

So warnte der IWF jüngst vor der »wachsenden Ungleichheit« auf der Welt und erklärte den Kampf gegen den Klimawandel zu seinem »Hauptziel«. Die ökologische Transformation der Volkswirtschaft legitimiere auch die Inkaufnahme einer höheren Staatsverschuldung, um damit die nötigen Investitionen anzuschieben. Noch in den Siebziger- und Achtzigerjahren hatte der Währungsfonds dem halben afrikanischen Kontinent einen strengen Sparkurs mit erheblichen sozialen Folgen verordnet.

Es könnte auch die Zeit enden, in der alle Konflikte bloß »Kulturkonflikte« waren

Bei den Staatsfinanzen zeigt sich der Wandel der ökonomischen Debatte besonders deutlich. Donald Trump hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass es ihm völlig gleich ist, wo das Geld herkommt. Während seiner Präsidentschaft stieg die amerikanische Schuldenquote auf fast 130 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung, unter anderem weil er die Steuern kräftig senkte. Damit hat der selbst ernannte »King of Debt« das Thema Schuldenfinanzierung ideologisch aus der linken Ecke geholt.

Es wird so leicht nicht wieder dorthin zurückzudrängen sein, jedenfalls dürfte es für die Republikaner schwer werden, Haushaltsdisziplin einzufordern, wenn Joe Biden nun seinerseits Geld ausgeben will. Während also in den Nullerjahren die Linke rechte Politik gemacht hat, machte zuletzt die Rechte linke Politik. Margaret Thatcher hat einmal gesagt, ihr größter Erfolg sei Tony Blair gewesen. Und es könnte gut sein, dass in einigen Jahren Donald Trump als Türöffner für eine neue Finanzpolitik gilt.

Damit verschieben sich nicht bloß die Grenzen des ökonomisch Sagbaren – sondern es wächst vor allem auch der Spielraum für eine Politik, die nicht nur den Reichen helfen will, sondern allen. So könnte auch die Zeit enden, in der alle Konflikte bloß »Kulturkonflikte« waren, in der es statt um Lösungen vor allem um Gesinnung ging und die Debatten so zumeist beides waren: überideologisiert und unterpolitisiert. Jedes materielle Problem wurde zur moralischen Frage erklärt, das Sein verschwand hinter dem Bewusstsein. Die Diskursdramaturgie ist leicht beschrieben:

Jemand forderte, SUVs zu besteuern? Neobürgerlicher Tugendterror!

Jemand kritisierte die Beschaffungspolitik der EU? Impfnationalismus!

Jemand denkt über gemeinnützigen Wohnungsbau nach? Dann geht doch nach Venezuela!

Doch allmählich hat dieses Prinzip einen toten Punkt erreicht. Denn überraschenderweise verschwinden die Probleme nicht, wenn man sie anschreit, im Gegenteil. Noch immer sind die Mieten so hoch, dass sich Normalverdiener eine Wohnung in den Innenstädten oft nicht leisten können, noch immer sind die SUVs zu günstig und ist zu wenig Impfstoff in den Ampullen.

Im Mutterland der Kulturkämpfe, den USA, ist der neue Präsident jedenfalls erkennbar darum bemüht, die Gesinnungspolitik durch Verteilungspolitik zu ersetzen. Zum Beispiel durch einen Mindestlohn von 15 Dollar oder mehr staatliche Unterstützung für Familien. Auch der Klimaschutz ist in diesem Zusammenhang ein Instrument der Verteilungsgerechtigkeit, weil die ökologische Transformation »Millionen von gut bezahlten Jobs« bringe. Man könnte sagen: Es ist ein Universalismus der höheren Löhne, nicht bloß der schönen Worte.

Das Bemerkenswerte daran: Die Maßnahmen treffen bis ins Mitte-rechts-Lager hinein auf Zustimmung. Nach einer aktuellen Umfrage der Quinnipiac University unterstützen 68 Prozent der Amerikaner die Krisenpolitik des neuen Präsidenten, 61 Prozent finden den höheren Mindestlohn gut, 63 Prozent den Wiedereinstieg in das Pariser Klimaabkommen. Selbst in der hyperpolarisierten amerikanischen Politik finden es die Leute offenbar richtig, wenn sich jemand ganz einfach um ihre Probleme kümmert.

Auch in Deutschland sind heute Politikansätze populär, die gerade noch als Sozialismus galten. Eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen befürworten nach aktuellen Umfragen 78 Prozent, 70 Prozent der FDP-Wähler (!) finden es richtig, dass sich der Staat in der Krise verschuldet, und 71 Prozent der Deutschen konnten sich sogar für eine Deckelung der Mieten erwärmen. Die schweigende Mehrheit befindet sich heute dort, wo man sie eigentlich nicht vermutet.

Womöglich könnte es daran liegen, dass die Widersprüche besonders drängend sind. Ist es wirklich leistungsgerecht, dass die Systemrelevanten zugleich die Schlechtbezahlten sind? Ist es marktwirtschaftlich plausibel, dass in einer Pandemie der Staat die Patente der Unternehmen schützt? Ist es in Ordnung, dass arme Menschen früher sterben? Weshalb werden in den Unternehmen Dividenden ausbezahlt, obwohl die Angestellten in Kurzarbeit sind?

Fragen, die in der allgemeinem Wahrnehmung so groß geworden sind, dass sie sich schlecht kleinreden lassen. Interessanterweise war es so auch vor vierzig Jahren. Damals türmten sich ebenfalls die Widersprüche auf: Die Arbeitslosigkeit stieg, die Inflation ebenfalls, und die keynesianische Wirtschaftspolitik geriet an ihre Grenzen. Die Epoche der Marktliberalisierung war auch eine Reaktion auf die Schwachpunkte der herrschenden Lehre jener Zeit.

Mittlerweile ist allerdings offensichtlich, dass man sich mit dem Kurswechsel neue Schwierigkeiten einhandelte. Der Staat wirkt heute nicht mehr verfettet, sondern ausgezehrt. Fördergelder verfallen, weil die Beamten in den Verwaltungen mit dem Bearbeiten der Anträge nicht mehr nachkommen, in den Städten fehlen Polizisten. Der Markt ist als Koordinationsinstrument überfordert, wenn die sich durchs Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage herausbildenden Preise mit den realen Knappheiten nichts zu tun haben. Es kostet nichts, die Atmosphäre mit Kohlendioxid vollzupusten – aber es wird für alle gefährlich, wenn zu viel Kohlendioxid in der Atmosphäre ist.

Dieses Prinzip zeigt sich nicht nur beim Klima. Es ist ja kein Zufall, dass die Koalition beschlossen hat, mehr Geld für die Gesundheit auszugeben. Wenn die These stimmt, dass dies nicht die letzte Pandemie sein wird, dann ist ein leistungsfähiges Gesundheitswesen nicht nur ein moralischer Imperativ, sondern ein ökonomischer Standortvorteil. Und alle Untersuchungen zeigen, dass der Markt im Umgang mit Krankheitsrisiken überfordert ist, zum Beispiel weil private Versicherungskonzerne wenig Anreize haben, Menschen mit Vorerkrankungen überhaupt eine Krankenversicherung anzubieten. Man muss nur einmal in die USA schauen, wo der Krankenhausbesuch den finanziellen Ruin bedeuten kann, obwohl das Land gemessen an seiner Wirtschaftsleistung mehr Geld für Gesundheit ausgibt als fast jeder andere Industriestaat. Selbst die ehrwürdige Professorenvereinigung Leopoldina forderte unlängst, »die Gewinnorientierung im Gesundheitssystem« zu beenden.

Denn immer deutlicher zeigt sich, dass das Prinzip der Kostensenkung selbst immense Kosten nach sich zieht: Je schlechter die Gesundheitsämter ausgestattet sind, desto länger dauert ein Lockdown, desto größer sind die Einbußen für die Unternehmen. Wenn Lernplattformen nicht funktionieren, dann verursachen Schulschließungen erhebliche volkswirtschaftliche Schäden. Im konkreten Fall beziffert sie das Münchner Ifo-Institut auf bis zu 3,3 Billionen Euro. Dafür kann man einige Computer anschaffen. Und wenn die Löhne so niedrig sind, dass eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht mehr möglich ist, dann braucht man sich über Bildungsrückstände und eine mangelnde Gesundheitsvorsorge nicht zu wundern. Es ist nicht so, dass vor den Folgen des Investitionsstaus nicht gewarnt worden wäre. Es hat nur niemand zugehört.

Wenn der Kapitalismus hinauswill aus den Nullerjahren, aber nicht zurück in die Siebziger – wohin kann es dann gehen?

Private Initiative und staatliche Intervention schließen sich nicht aus

Die Richtung erkennt man, wenn man einen Schritt zurückgeht. Schon in präpandemischen Zeiten begannen Gemeinden damit, ihre Wasser- und Energieversorgung wieder selbst zu organisieren, Wohnungen zurückzukaufen, Krankenhäuser kommunal zu betreiben. An vielen Orten (übrigens nicht nur in Deutschland) wurden Privatisierungen zurückgenommen, erschien die Erwartungssicherheit wichtiger als Gewinnmaximierung. Dabei ging es in den seltensten Fällen um ein ideologisches Ziel. Man war einfach mit den Ergebnissen des vorherigen Zustands nicht zufrieden.

Offensichtlich schließen sich private Initiative und staatliche Intervention, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz nicht aus, sondern ergänzen sich. Die Spracherkennungssoftware im iPhone wurde vom amerikanischen Militär entwickelt, fast alle Impfstoffhersteller sind durch Forschungsgelder oder Abnahmegarantien staatlich unterstützt worden. Die Londoner Ökonomin Mariana Mazzucato fordert einen »unternehmerischen Staat«, der investiert, koordiniert und die privatwirtschaftlichen Kräfte mit dem Gemeinwohl in Verbindung bringt. Das kann über eine Förderung von Forschung und Bildung organisiert werden, über Verhaltensanreize wie Steuern (zum Beispiel auf den Ausstoß von Kohlendioxid) und Verbote, aber auch über gezielte staatliche Zuschüsse für innovative Unternehmen. Früher hat man das einmal Industriepolitik genannt. Wieder so ein Begriff, der eben noch als gestrig galt und inzwischen fast wieder Mainstream ist.

Mazzucato führt als Erfolgsbeispiel für den unternehmerischen Staat die Apollo-Mission an. Die amerikanische Regierung hatte das Ziel ausgegeben, einen Menschen zum Mond zu schicken. Und ein paar Jahre und einige Milliarden Dollar später wurde dort tatsächlich die amerikanische Flagge aufgepflanzt. Die Mondfahrten unserer Zeit sind nun der Klimawandel und die Vorbereitung auf die nächste Pandemie.

Grafik: Martin Burgdorff für DIE ZEIT